

WIEDER SOZIAL DENKEN UND HANDELN

Jede Person ist Ebenbild Gottes (Ps 8,6) und besitzt daher eine unveräußerliche Würde sowie das Recht auf ein von Sinn geprägtes Leben in Fülle (Joh. 10,10).

Zu diesem Menschenbild bekennt sich die KAB aus christlicher Überzeugung. Darum stellt die KAB seit ihrer Gründung den Menschen in den Mittelpunkt ihres gesellschaftlichen Handelns. Sie orientiert sich dabei an ihrer eigenen Tradition und der Option der Katholischen Soziallehre zu Gunsten der Armen und Benachteiligten und erhebt in diesem Bewusstsein ihre Stimme:

Gemäß der KAB-Tradition und im Einklang mit der Beschlussfassung des Bundesverbandes fordern wir die Einführung eines bedingungslosen und garantierten Grundeinkommens. In diesem Zusammenhang erinnern wir auch an das Rentenmodell der katholischen Verbände, das u.a. die Einführung einer aus Steuern finanzierten Sockelrente vorsieht. Solange dieses nicht in existenzsichernder Höhe eingeführt ist, fordern wir eine Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherung und Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik:



Kurzfassung des Leitantes 2014

1. Das Sozialversicherungssystem muss die Lebensrisiken Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter für alle in Würde absichern.

Rentenversicherung – wir fordern:

- Die Einführung einer Mindestrente zur Absicherung eines menschenwürdigen Lebens im Alter;
- die Ausweitung der Anrechnung von Pflege- und Erziehungszeiten im Rentenrecht;
- die Einführung einer Erwerbsminderungsrente, die eine echte Lohnersatzfunktion hat;
- das Eintrittsalter für Altersrenten wieder auf das 65. Lebensjahr festzusetzen und bei besonderen Belastungssituationen die vorzeitige abschlagsfreie Inanspruchnahme zu ermöglichen.

Krankenversicherung – wir fordern:

- Die Übernahme der derzeitigen „IGeL-Leistungen“ (Individuelle Gesundheitsleistungen) ohne Eigenbeteiligung der Patienten durch die Krankenkassen, soweit diese zur Früherkennung von Krankheiten erforderlich sind;
- die Aufhebung der Zuzahlungsregelungen bei der Gewährung von Heil- und Hilfsmitteln;
- die Beteiligung der privaten Krankenkassen am Risikostrukturausgleich;
- den Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung für alle, die auch Selbstständige und Beamte einschließt;
- die Abrechnung gesundheitlicher Maßnahmen und Handlungen durch die Kassen, nur dann, wenn die Patientin oder der Patient die Leistungserbringung bestätigt hat.

Pflegeversicherung - wir fordern:

- eine Anhebung der Vermögensfreigrenzen für Pflegebedürftige, die aus eigenem Einkommen Heimkosten finanzieren müssen;
- Ausbau zu einer „Vollkasko-Pflegeversicherung“, die paritätisch finanziert wird.

In sämtlichen Pflegestufen reichen die Leistungen der Pflegekassen in aller Regel nicht aus. In den meisten Fällen müssen die Betroffenen aus privaten Einnahmen oder Vermögen Pflegeleistungen mitfinanzieren. Dies gilt besonders für die stationäre Pflege, so dass die Kommunen als Sozialhilfeträger einspringen müssen und der hilfsbedürftige Mensch sich als „Taschengeldempfänger“ wiederfindet. Aus Sicht der KAB kann eine menschenwürdige Pflege nicht von der wirtschaftlichen Situation der Betroffenen oder ihrer Angehörigen abhängig gemacht werden. Und damit nicht genug – für viele Menschen hat die finanzielle Belastung sogar Folgen über den Tod hinaus, wenn der für die Bestattung eingeplante Geldbetrag für die Pflege ausgegeben werden musste.

Arbeitslosenversicherung – wir fordern:

- Eine Ausweitung der Bezugsdauer des ALG I, insbesondere für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- die Revidierung der derzeitigen Zumutbarkeitsregelung im ALG II, denn sie zwingt den Arbeitslosengeldbezieher, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen, unabhängig von der Höhe des Arbeitsentgeltes, der Art, Dauer und des Ortes der angebotenen Tätigkeit.

2. Neben den zuvor genannten Verbesserungen in der gesetzlichen Sozialversicherung fordern wir auch Schritte und Maßnahmen, die der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsmarktes insgesamt entgegenwirken und Arbeitnehmerschutzrechte verbessern. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse aus.

Arbeitsmarktpolitik – wir fordern:

- Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro;
- eine deutlich messbare Einschränkung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen;
- einen flächendeckenden Mindestlohn im Sinne „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“;
- die Verbesserung des Kündigungsschutzes;
- die Entlohnung von Praktikanten, zumindest nach dem Mindestlohn;
- die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich;
- die Koppelung der Managergehälter an die der Niedriglohnempfänger im Betrieb (maximal das 300-fache der niedrigsten Lohngruppe).

3. Wir fordern die Einführung eines Siegels für „gute Arbeit“.

Mit diesem Siegel sollen Produkte oder Firmen ausgezeichnet werden, die ihre Belegschaften zu fairen und tarifrechtlichen Arbeitsbedingungen beschäftigen. U.a. verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe.



Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Diözesanverband Köln

Lindenstr. 176
40233 Düsseldorf

Tel.: 02 11 / 598 914 28
Fax: 02 11 / 598 914 20

Mail: info@kabdvkoeln.de

www.kabdvkoeln.de

Der gesamte Text des Leitantes 2014 ist auf unserer Homepage zu finden unter: „Service“ → „Leitantes“

**Sozial denken
und handeln!**